

Seveso-Gift in 60 000 Trafos in Deutschland

Auch die Bundesregierung sitzt auf einer chemischen Zeitbombe

BONN. Die Suche nach den 41 verschwundenen Fässern mit Dioxin aus Seveso hat die Spitze eines Giftberges freigesetzt, der allmählich die Dimensionen eines Mount Everest annimmt – Seveso ist wirklich überall: In der Bundesrepublik gibt es mindestens 60 000 legale chemische Zeitbomben, die es mit Dioxin aufnehmen können. Die Bundesregierung sitzt im Bundestag darauf, sie ticken in den Transformatoren in den Kellern von Rathäusern, Kaufhäusern, Hochschulen, Hochhäusern und öffentlichen Krankenhäusern.

Diese in der Bundesrepublik auf 60 000 geschätzten Transformatoren enthalten als Isolier- und Kühlmittel sogenannte Polychlorierte Biphenyle (PCB). PCB brennt praktisch nicht. Aber es ist wie mit den Geistern, die man rief und nicht mehr loswird: PCB schraubt das Feuerrisiko quasi auf Null herunter, dafür enthält es als produktionsbedingte Verunreinigung Dioxin.

Schlimmer noch: Wenn PCB etwa bei einem Brand Temperaturen um 600 Grad Celsius ausgesetzt ist, entsteht Polychloriertes Dibenzo-Dioxin (PCDD), ein enger chemischer Verwandter des Seveso-Ultragiftes Dioxin (TCDD) und genauso gefährlich – das heißt krebserregend und erbgutschädigend.

Die PCB-Trafos waren zunächst von Feuerwehrexperten empfohlen. Was man sich mit dem unbrennbaren Kühlmittel da eingehandelt hatte, wurde erst Ende der 70er Jahre klar. Beim Brand eines Hochhauses im New Yorker Stadtteil Binghampton flossen 680 Liter PCB ins Feuer. Das PCB verdampfte. Das entstehende Gift wurde über die Klimaanlage im gesamten Gebäude fein verteilt. Die Folge: Bis auf den heutigen Tag darf es nicht betreten werden. Weitere Unfälle mit PCB-Trafos gab es 1977 in Toronto und 1978 bei Stockholm.

Alle Feuerwehren der Bundesrepublik sind zur Zeit dabei, PCB-gekühlte Trafos zu erfassen und zu kennzeichnen. Die Aktion beruht auf einem bisher geheimgehaltenen Beschluß der Konferenz der Landesinnenminister.

Der für das Feuerwehrwesen zuständige Arbeitskreis 5 war schon am 20. Oktober vergangenen Jahres zu der Überzeugung gekommen, daß etwas unternommen werden muß. Neben einer einheitlichen Kennzeichnung werden PCB-Trafos in den Alarm- und Einsatzplänen nun ebenso behandelt wie Kernkraftunfälle. Die Männer im Einsatz müssen Schutanzüge und Atemschutzgeräte tragen. Außerdem sollen PCB-Kühlmittel in Transformatoren mit der Zeit durch ungefährlichere Stoffe ersetzt werden.

Der Weg dahin wird lang sein: Die fraglichen 60 000

Trafos enthalten etwa 30 000 Tonnen Gift – und die einzige Anlage, in der die Chemikalie gefahrlos verbrannt werden kann, steht bei Bayer in Leverkusen und hat eine Kapazität von 1000 Tonnen im Jahr.

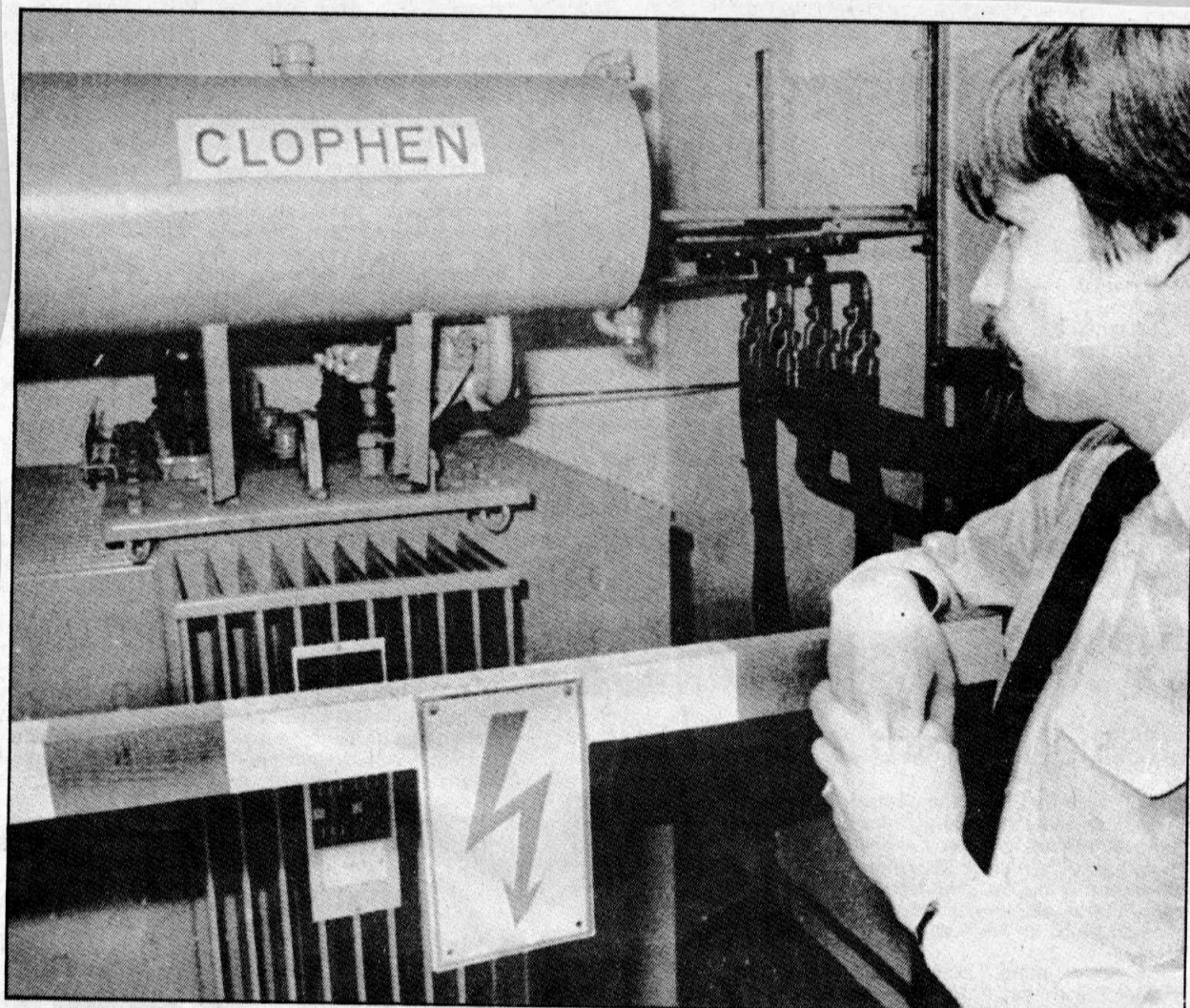
Inzwischen liegen erste Ergebnisse der bundesweiten Bestandsaufnahme vor. Bonns Feuerwehrchef Heinz Diekmann zählte in seinem Bereich 358 PCB-Trafos. Zehn Prozent der Standorte nennt er unter Brandschutzgesichtspunkten „bedenklich“. Sein Frankfurter Amtskollege Ernst Achilles kam zu einem anderen Ergebnis: Jeder zweite PCB-Trafo steht in einem Gebäude, aus dem er schleunigst entfernt werden müßte. Er fordert ein sofortiges Produktions- und Verwendungsverbot. Denn „eines Tages kommt die große Katastrophe in der Bundesrepublik, und jeder wird dann entsetzt fragen, warum man so nachlässig damit umgegangen ist.“

Andere Experten warnen vor Panikmache. Wenn es in der Öffentlichkeit zuviel Aufregung um das Problem gibt, könnte manch ein Besitzer eines PCB-Trafos versuchen, die Flüssigkeit auf illegalem Wege loszuwerden.

PCB wird von Fachleuten auch Askarel genannt. In der Bundesrepublik wird es nur von Bayer unter dem Handelsnamen Clophen hergestellt. Jährlich vertreibt das Unternehmen 2000 bis 3000 Tonnen davon.

In Deutschland kann jeder Altölbeseitiger mit dem Gift umgehen. Die PCB-Entsorgung vollzieht sich immer noch auf der gesetzlichen Basis des Altöl-Beseitigungsgesetzes. Da steht zwar, daß PCB nicht wie Altöl verbrannt werden darf. Insider schätzen das Risiko, daß die Kühlflüssigkeit zusammen mit dem Altöl verbrannt wird, aber ziemlich hoch ein. Und dabei könnten dann auch PCDD-Dämpfe entstehen.

Immerhin: Im Sommer, so ist aus dem Bundesinnenministerium zu hören, soll ein Entwurf vorgelegt werden, mit dem PCB in das Abfallbeseitigungsgesetz aufgenommen wird. Das würde sehr viel schärfere Kontrollen bedeuten.



Ein Feuerwehrmann vor einem PCB-Transformator im Elisabethen-Krankenhaus in Frankfurt.

Foto: AP

Hoheneggelsen – und was eine Frau dort sah

HANNOVER. Die verschwundenen 41 Dioxin-Glutfässer aus Seveso beschäftigen jetzt auch die niedersächsische Justiz. Die Staatsanwaltschaft in Hildesheim hat ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, das klären soll, ob das Seveso-Gift möglicherweise doch auf der Sondermülldeponie Hoheneggelsen lagert.

Die Ermittlungen wurden durch eine Anzeige der Bürgerinitiative in Hoheneggelsen ausgelöst, die sich auf Beobachtungen einer in Deponienähe wohnenden Frau aus Hoheneggelsen beruft. Die Frau hatte am letzten Septemberwochenende 1982, wenige Tage nach dem Verschwinden der Seveso-Fässer, mehrere weiße Lastwagen mit ausländischem Kennzeichen auf das Deponiegelände fahren sehen, obwohl Anlieferungen dort nur an Werktagen zulässig sein sollen. Statt der normalen Zufahrt mit Eingangskontrolle hätten die Lkw eine Nebeneinfahrt benutzt.

Die Landtagsfraktion der

Grünen erklärte gestern, sie hätten „die sichere, wenn auch vertrauliche Mitteilung aus Verwaltungskreisen“ erhalten, daß das Seveso-Gift in der Nähe von Salzgitter lagere.

Demgegenüber erklärte die Landesregierung erneut, die Fässer aus Seveso seien „nach allen vorliegenden Erkenntnissen nicht in eine Sondermülldeponie nach Niedersachsen transportiert worden“. Jedem Hinweis aus der Bevölkerung wurde nachgegangen.

Der umweltpolitische Sprecher der SPD, der Landtagsabgeordnete Uwe Bartels, bezeichnete die Erklärung der Landesregierung als „äußerst leichtfertig und leichtgläubig“. Das Landwirtschaftsministerium habe zugegeben, daß nur die Begleitscheine für Sondermülltransporte geprüft worden seien. Es sei jedoch nicht ausgeschlossen, daß das Seveso-Gift als Wirtschaftsgut deklariert und in die Bundesrepublik gelangt sei.

Bu